

Anlieger-Protest gegen Mastbetrieb

Bürgerinitiative informierte über Pläne einer Betriebserweiterung in Tating / Bald 80 000 Hähnchen in den Ställen Tating



Die Initiatoren der „Bürgerinitiative Gesunde Luft in Eiderstedt“: Jürgen Rust, Hilke Herzberg und Ole Martens (v.l.).
Foto: wis

Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft ruft immer mehr besorgte Bürger auf den Plan, die eine Verschlechterung der Umwelt besonders in ihrer Region befürchten. So auch auf Eiderstedt: In der Gemeinde Tümlauer-Koog will ein Landwirt seinen Hähnchenmast-Betrieb (derzeit rund 40 000 Tiere) erweitern und eine neue Anlage mit mindestens der gleichen Kapazität aufbauen (wir berichteten). Da dortige Anwohner schon jetzt über Belästigungen durch Geruch klagen und auch gesundheitliche Belastungen durch Bakterien, Viren und Keime fürchten, hat sich die „Bürgerinitiative Gesunde Luft in Eiderstedt“ gegründet.

Die Initiatoren dieser Bewegung sind Hilke Herzberg, Jürgen Rust und Ole Martens. Sie hatten zu einer Versammlung in einem Tatinger Gasthof eingeladen und mehr als 30 interessierte Eiderstedter fanden sich ein, um sich über den Sachstand zu informieren. „Eine solche Mastanlage ist kein landwirtschaftlicher, sondern ein gewerblicher Betrieb“, sagte Hilke Herzberg in ihrem Einführungsvortrag. „Und deswegen greifen hier die Sonderregelungen für die Landwirtschaft nicht. Denn eine Voraussetzung für die Regelung ist, dass mindestens 50 Prozent des benötigten Futters aus eigenem Anbau stammen müssen.“ Das sei hier nicht gegeben, zudem verfüge die Mastanlage nicht über Ablufffilter, und auch für die neue seien keine geplant. Außerdem würde zweimal jährlich der „Einstreu“ auf die Felder als Dünger entsorgt werden. Nach ihren Erkenntnissen fielen etwa 40 Tonnen hochbelastete Entsorgungsmasse an, bestehend aus Einstreu, Kot, Keimen und Desinfektionsmitteln. Beim Ausbringen könnten die Keime durch die Luft überall hin verteilt werden und so zu Gesundheitsschädigungen führen. In Niedersachsen, wo es bereits zahllose Hähnchenmastanlagen gibt, seien schon dadurch bedingte Atemwegserkrankungen nachgewiesen worden. Es gebe keine rechtliche Handhabe gegen das Aufbringen von Einstreu auf die Felder, sagte Herzberg, denn das gelte als natürliche Düngung, deshalb könne man nur öffentlich protestieren.

„Die Politik muss handeln“, forderte denn auch Jürgen Rust, „bisher ist nichts geschehen.“ Es handele sich nämlich gar nicht um ein begrenztes Problem: „Der in Tümlauer-Koog ansässige Betreiber nutzt zur Entsorgung des Einstreus auch Felder eines befreundeten Landwirts, und die liegen im Bereich Wittendün (St. Peter-Ording)“, so Rust weiter. Das sei aufgrund des dortigen Westküstenparks, der benachbarten Reha-Kliniken und dem geplanten Neubaugebiet durchaus nicht unproblematisch. Ein Zuhörer bemerkte denn auch, dass „in der Gemeindevertretung St. Peter-Ording die Problematik bekannt ist, man das Thema aber diskret und hochsensibel behandelt“.

„Es ist für die Bevölkerung nicht mehr hinnehmbar“, meinte Hilke Herzberg, „wenn Einzelne zum gesundheitlichen Nachteil der Allgemeinheit Profit machen wollen. Deshalb wird es am 9. Januar in Kiel ein Treffen aller Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung geben, und auf der „Grünen Woche“ in Berlin ist eine Groß-Demo geplant.“

wis